

# Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.  
Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich;  
durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.30,  
im sonst. inländischen Verkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellg.

Anzeigenpreis: die einpaltige Zeile oder deren  
Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeilen  
60 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 109. Fernsprecher Nr. 88.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftl.: Th. G. G. G., beide in Wildbad.

Nr. 249

Montag, den 3. November 1919

Jahrgang 53

## Der Untersuchungsausschuß.

Die Aussagen Bethmann Hollwegs.

Berlin, 1. Nov.

Der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nahm gestern seine Arbeiten wieder auf. Nach der Vereidigung des ehemaligen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg stellte der Vorsitzende zunächst folgende Fragen:

1. Aus welchen Gründen ist das Friedensangebot am 12. Dezember durch die Zentralmächte erfolgt, obwohl eine Friedensaktion Wilsons durch Deutschland angeregt und bis spätestens Ende Dezember in sichere Aussicht gestellt?

2. Aus welchen Gründen sind Wilson die konkreten Friedensbedingungen nicht mitgeteilt worden?

3. Aus welchen Gründen hat die politische Reichsleitung die von ihr angeregte Friedensaktion Wilsons nicht weiter betrieben und dafür ihre Zustimmung zur Führung des rücksichtslosen U-Bootkriegs gegeben?

Reichskanzler a. D. von Bethmann Hollweg: Nachdem wir schon in der ersten Periode der amerikanischen Regierung befundet hatten, daß wir zu Verhandlungen bereit waren, hat mit dem Beginn der zweiten Periode eine Aktion von uns mit dem Ziel eingeleitet, daß der Präsident Wilson einen Friedensappell an die Kriegführenden richten möge. Der Friedensappell, den Wilson erlassen wollte, ist in der Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember enthalten. Geschrieben ist diese Note Mitte November. Mitte November hatten wir noch kein eigenes Friedensangebot gemacht, und Wilson wußte noch nicht, daß wir diese Absicht hatten. Unser Friedensangebot hat also weder den Präsidenten von seiner Friedensaktion abgehalten, noch sie beeinflusst. Nach unseren Berichten sind gerade Ende Dezember 1916 auch neutrale Staatsmänner im Zweifel darüber gewesen, ob der Präsident ernsthaft an den Frieden denke. Freundschaftige Gesinnung für Deutschland hat er, wie Herr Clemenceau neuerlich feierlich im Senat bekundet hat, nicht gehabt. Die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen bedeuteten eine einseitige Begünstigung unserer Feinde, ohne die der Krieg wahrscheinlich sehr viel früher zu Ende gewesen wäre. Die Erschwerung unseres Verkehrs mit Washington beruhte im wesentlichen auf völkerrechtlich nicht zu begründenden Forderungen Englands, die die amerikanische Regierung sich ohne weiteres gefallen ließ. Der Botschafter Gerard war nur der Ueberspringer unfreundlicher Noten. Bemerkenswert erscheint mir, daß die berühmten 14 Punkte Wilsons im Januar 1917 aufgesetzt wurden, also zu einer Zeit, wo Amerika in voller Kriegsvorbereitung uns gegenüber sich befand.

Am 11. Dezember war das Kabinett Lloyd George fertig und am 12. Dezember ging nach reichlicher Ueberlegung und in Uebereinstimmung mit unseren Bundesgenossen und den militärischen Stellen unser Friedensangebot heraus. Am 13. Dezember schrieb „Morningpost“, es gehe ein allgemeines Gefühl der Erleichterung durch das Land, daß die allgemeine Kabinettskrise vor dem deutschen Friedensangebot beigelegt sei. Bei unserem Friedensangebot war mit ausschlaggebend, daß im englischen Kabinett in der Friedensfrage verschiedene Strömungen miteinander rangen. Ähnlich lagen die Dinge in Rußland, wo aus verschiedenen Gründen das aus Männern der Rechten bestehende Kabinett und der Zar der Neigung zum Friedensangebot bezichtigt wurden. Nun gebe ich zu, daß wir mit dem Friedensangebot eventuell bis nach dem Friedensschritt des Präsidenten Wilson hätten warten können. Aber abgesehen von der Ungewißheit über Wilsons wahre Absichten, war bei uns das Hauptmoment das Bestreben, auf den Friedenswillen der feindlichen Völker zu wirken.

Ich bin auf dem einmal beschrittenen Wege weiter gegangen. Im Reichstag hat sich im Juli 1917. erstmalig eine Mehrheit für diese Politik gefunden. Es ist für mich ein eigenartiges Verhängnis, daß ich vor eine Einigung des Parlaments mit der militärischen Leitung in dem Augenblick gestellt wurde, als sich mir zum erstenmal die Möglichkeit bot, meine politische Linie mit einer Mehrheit des Parlaments weiterhin weiterzuführen. Bei der Entscheidung über Wilsons Friedensangebot hat sich die Mehrheit des Reichstags zu Gunsten der Friedensentscheidung des Reichstags zu Gunsten der feindlichen Völker zu wirken.

Höhe und dann wurde sie verknüpft mit sensationellen Feststellungen über Fehlschläge im U-Bootkrieg, die fast panikartig wirkten. Und schließlich war sie begleitet von dem offenkundigen Sieg der Militärpartei über die gemäßigten Politik des Reichskanzlers.

Auf dieses Friedensangebot erfolgte eine völlig eindeutige Absage. Der Ton der Note war scharf und beleidigend. Eine öffentliche Diskussion der beiderseitigen Kriegsziele, bevor die Friedensbereitschaft feststand, wäre eine Prozedur gewesen, die eine etwaige Verhandlungsbereitschaft vernichtet haben würde. Wollte man nicht bis zur Erreichung bestimmter Kriegsziele unter allen Umständen weiter kämpfen — und ich wollte das nicht —, so konnte erst im Augenblick, wo sich Verhandlungsmöglichkeiten darboten, nach der jeweiligen Gesamtlage über Friedensbedingungen entschieden werden. Sätten unsere Feinde im Winter 1916 auf 17 ernsthafte Verhandlungsbereitschaft gezeigt, dann wäre es an der Zeit gewesen, sich ein Bild von dem Erreichbaren zu machen und endgültige Entschlüsse zu fassen.

Die Lage im Januar, als der „unbeschränkte U-Bootkrieg“ beschlossen wurde, war folgende: Die Oberste Heeresleitung verlangte den U-Bootkrieg mit aller Entschiedenheit als ein von der allgemeinen Kriegslage gebieterisch gefordertes Kampfmittel. Hinter der Forderung der Obersten Heeresleitung stand ein gewaltiger Teil des Volks. Der Reichstag folgte der Obersten Heeresleitung. Nachdem die Konservativen und Nationalliberalen schon vorher unbedingt dafür gewesen waren, war der parlamentarische Ring geschlossen. Die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab hatten beide offen, den U-Bootkrieg zu machen, der Kaiser stand auf ihrer Seite. Gegen das Jahr 1916, wo ich den U-Bootkrieg verhindert hätte, hatte sich die Lage von Grund aus verändert. Damals hatte ich durchdringen können, weil u. a. am 1. März nur 35 Groß-U-Boote zur Verfügung standen. Jetzt war die Zahl größer. Ausschlaggebend war, daß Hindenburg und Ludendorff dafür waren. Der Admiralstab hatte den vorausgesehenen Erfolg aufgebaut auf Berechnungen von Männern, die sich für volkswirtschaftliche Autoritäten hielten. Ich konnte die Erfolglosigkeit des U-Bootkriegs nicht nachweisen. Ich halte auch nicht das Vertrauen, daß es Wilson gelingen würde, die Entente zur Aufgabe ihrer ansichweisenden Kriegsziele zu bringen.

Mein Rücktritt wäre am 9. Januar eine einfache und bequeme Maßnahme gewesen. Ich war der Ansicht, daß der U-Bootkrieg auch den Krieg mit Amerika bedeute. Entscheidend war, daß die Oberste Heeresleitung entschlossen war, es auch mit Amerika aufzunehmen; sie wollte es auf eine Wachtprobe mit der politischen Leitung ankommen lassen. Mit dem Auscheiden meiner Person wäre nicht das geringste geändert worden. Der Entschluß zum unbeschränkten U-Bootkrieg stand fest. Ich weiß wohl, daß mein Rücktritt einem großen Teil der öffentlichen Meinung lieber gewesen wäre, aber in anderen Volksschichten hatte ich doch noch ein gewisses Kapital an Vertrauen. Es wäre dadurch zu einem endgültigen Riß im Volk gekommen. Diesen zu verhindern, mußte ich mich bemühen, um Unheil fernzuhalten. Sie wissen, wie die Phantasie des Volks, namentlich hinsichtlich der Zahl unserer U-Boote entzündet wurde. Diese Hysterie war eine Verhängung an dem Volk. Die Entscheidung, ob der U-Bootkrieg gemacht oder unterlassen sollte, war so verhängnisvoll, daß keine Volkselemente auf sie hätte einwirken dürfen.

Als Hindenburg mit Ludendorff an die Spitze der Heeresleitung berufen war, stand für das bürgerliche Deutschland fest, daß ihnen die Entscheidung zustehe, wie der Krieg geführt und beendet werden solle und daß die politische Leitung sich ihnen zu fügen habe. Der Reichstag unterwarf sich in seiner Mehrheit von vornherein dem künftigen Votum der Obersten Heeresleitung. Bei dem offen geführten Kampf gegen die Autorität des Reichskanzlers fehlte es an allem Gegengewicht. Es muß doch ausgesprochen werden, daß die Mehrheit des deutschen Volks und seine gesetzliche Vertretung das Uebergewicht der militärischen Leitung gewollt hat. Dabei will ich eins zugeben, nämlich, daß eine zu Beginn des Kriegs geschaffene parlamentarische Regierung an sich vielleicht hätte stärker sein können. Die Unfertigkeit unserer politischen Zustände ist uns zum Fluch geworden.

Uns wurde entgegengehalten, die Entente sei vollständig unschuldig am Krieg, wir seien die Mitschuld-

zen. Dagegen protestieren wir. Wir wollen genau so behandelt werden, wie die Entente. Die Entente erwartete, daß Wilson sich ihrer Anschauung anschließen würde, wir seien keine gleichberechtigte Partei, sondern der zu bestrafende Angeklagte d. h. mit anderen Worten: Die Friedensvermittlung sollte von vornherein parteiisch sein. Nach der Ansicht des Botschafters hätte Wilson von da an auch keine Neigung mehr, als Friedensvermittler aufzutreten und den Forderungen der Entente gegenüber Stellung zu nehmen. Endlich am 28. Januar kam die Depesche Bernstorffs, wonach Wilson jetzt den Frieden vermitteln wolle und ihn erhoffe. Er bitte deshalb trotz allen Zweifels den U-Bootkrieg aufzuschieben. Dieses Verlangen wurde von dem Admiralstab abgewiesen, weil es unmöglich sei, die bereits ausgefahrenen U-Boote zurückzurufen. Es blieb mir nichts anderes übrig, als unsere Friedensbedingungen mitzutun und das Aufgeben des U-Bootkriegs zuzusagen, sobald es dem Präsidenten gelänge, eine entsprechende Grundlage für die Friedensbedingungen zu erzielen.

In der Nachmittags-Sitzung wird mit der Vernichtung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg fortgefahren.

Vorsitzender Warmuth: Ist der amerikanische Botschafter Gerard von Ihnen, als er im September 1916 nach Amerika ging, mit Instruktionen versehen worden über die verchiedenen Strömungen in Deutschland?

Bethmann Hollweg: Ich erkläre mich für völlig außerstande, auf einzelne spezielle Fragen hier zu antworten.

Vorsitzender: Dann bitte ich um Auskunft, inwieweit Oesterreich über die Wilsonsche Friedensaktion, um sie so zu nennen, orientiert war. Bestand zwischen der Obersten Heeresleitung und Oesterreich eine ständige Fühlungnahme über diese Friedensaktion?

Bethmann Hollweg: Ich kann nur antworten, daß Oesterreich orientiert wurde. Ich entinne mich, daß ich in Gesprächen mit dem Botschafter Gerard auch wohl unsere Kriegsziele erwähnt habe.

Es entspann sich dann eine Aussprache darüber, ob Oesterreich über unser Vorhaben einer Friedensvermittlung unterrichtet war. Bethmann Hollweg erklärt: Baron Burian hatte die Ueberreichung eines Friedensangebots an unsere Feinde im Auge, aber nicht als öffentliches Friedensangebot. Wir wollten dem vorbeugen, daß die Entente durch Jenurverbot die Bekanntgabe verhindere. Wir wollten eben auf die Stimmung der Völker wirken. Den Vorschlag Burians, mit dem Friedensangebot zugleich unsere Friedensziele den Gegnern zu übergeben, habe ich für unpraktisch gehalten.

Vorsitzender Warmuth: Am 26. November ging eine Note des Staatssekretärs Zimmermann nach Washington ab, des Inhalts, daß wir die Wilsonsche Friedensaktion außerordentlich gern sehen würden, und am 27. November ging eine Note Graf Erzelenz an Hindenburg ab des Inhalts, daß wir mit unserem Friedensangebot herauskommen müßten. Hier liegt also in eine kurzen Spanne Zeit eine Gegenfälligkeit des Handelns vor.

Bethmann Hollweg: Diese Gegenfälligkeit erklärte sich daraus, daß wir zwei Eien im Feuer hatten und befehlen wollten. Wir wollten mit unserem Friedensangebot vom 12. Dezember eine überraschende Wirkung auf die feindlichen Völker erzielen. Dann konnten wir nie wieder vorher darüber unterrichten. Wir hatten deshalb strengste Geheimhaltung verabschiedet. Nur wenig Menschen wußten davon. Auch der Reichstag war am 12. Dezember völlig überrascht.

Abg. Dr. Singheim: Wilson hatte durch Oberst Wade von Munich ansprechen lassen, es möchte bei un möglicher Lösung vom Frieden gesprochen werden. Kommt zu unser Friedensangebot bei Wilson das Gefühl der Zurechnung hervor?

Bethmann Hollweg: Das ist möglich. Aber trotzdem hat Wilson seine Friedensaktion so angeführt wie er es im November geplant hatte.

Professor Hoersch: Wäre es nicht richtiger gewesen die amerikanische Aktion erst einmal auszusagen zu lassen und dann erst mit dem deutschen Vorstoß zu kommen?

Bethmann Hollweg: Wir wußten nicht, ob und wann Wilson kommen würde. Ein brauchbarer Friedensschritt kann nur gemacht werden zur Zeit eines militärischen Höhepunkts. Darüber mußten wir entscheiden. Wir konnten nicht darauf rechnen, daß Wilson gerade diesen Zeitpunkt benützen würde.



